

GEPOLITISCHE CHANCEN UND RISIKEN

Die Atlantik-Brücke-Befragung 2016 –
von Burkhard Schwenker und Torsten Oltmanns

Prof. Dr. Burkhard Schwenker

ist stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke und leitet die Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik. Er war langjähriger CEO und Chairman der Roland Berger GmbH und ist heute Chairman of the Advisory Council der Beratung.

Prof. Dr. Torsten Oltmanns

ist Leiter der Projektgruppe Sicherheit und Verteidigung der Atlantik-Brücke. Als Partner der Roland Berger GmbH verantwortet er die weltweit tätige Practice Group „Executive Communications“ und koordiniert als Chairman Global Marketing sämtliche Marketing- und Kommunikationsaktivitäten der Beratung.

DIE GEOPOLITISCHEN HOTSPOTS 2016

Im Sommer 2013 haben wir Mitglieder und Young Leader der Atlantik-Brücke zum ersten Mal zu ihrer Einschätzung außen- und sicherheitspolitischer Entwicklungen befragt und daraus unser Konzept der Übersicht über geopolitische Chancen und Risiken entwickelt. Dabei wollten wir das geopolitische Wissen, die Erfahrungen und die Vernetzung unserer Mitglieder und Young Leader herausfordern und in Szenarien umsetzen, um den außen- und sicherheitspolitischen Diskurs zu schärfen. Schon unsere erste Studie stieß auf großes Interesse, denn die Krise mit Russland und der damit verbundene geopolitische Paradigmenwechsel standen bereits früher auf unserer Agenda als bei vielen anderen.

Im Sommer 2015 haben wir die Umfrage wiederholt. Wir wollten mögliche Veränderungen in der geopolitischen Landschaft analysieren und ausloten, was sich im Vergleich zu 2013 verändert hat, worauf wir uns einstellen sollten und wo – als Kernanliegen der Atlantik-Brücke – ein transatlantisches Vorgehen notwendig ist. Als Ergebnis zeichneten unsere Landkarten das Bild einer zunehmend ungewissen Welt, die geopolitisch und transatlantisch vor allem durch sechs Risiken bestimmt wurde: von den Ambitionen Russlands zur Ausweitung seiner Einflussphäre über die Konflikte im Nahen Osten, die Flüchtlingskrise, vermehrte Konkurrenzkämpfe um die Vormachtstellung in Asien sowie die politische (und wirtschaftliche) Krise in Europa bis hin zum Trend weltweiter Aufrüstung.

Im Vergleich zu 2013 und 2015 ist die Welt heute noch einmal ungewisser geworden: Der sich in Europa (auch in Deutschland) ausbreitende Terror des „Islamischen Staates“ (IS), das britische Votum für den Brexit, eine neue Bankenkrise in Italien, der Putschversuch in der Türkei, die kaum für möglich gehaltene Präsidentschaftskandidatur von Donald Trump – die Liste unerwarteter Ereignisse ließe sich beliebig fortsetzen.

Nicht ohne Grund beschreibt das neue Weißbuch der Bundesregierung ein sicherheitspolitisches Umfeld, das „noch komplexer, volatiler, dynamischer und damit immer schwieriger vorhersehbar“ geworden ist. Vor diesem Hintergrund haben wir dieses Jahr die Mitglieder und Young Leaders-Alumni der Atlantik-Brücke erneut zu ihrer Einschätzung geopolitischer Chancen und Risiken befragt. Diesmal ging es uns vor allem darum, ob und wie dem Phänomen Ungewissheit begegnet werden kann – und wie sich unsere „Hotspots“ aus 2015 verändert haben.

Der Trend zur geopolitischen Volatilität setzt sich 2016 ungebrochen fort – und führt zu einer Reihe manifester und schwer kalkulierbarer Risiken.

Bestätigt hat sich das Bild einer zunehmend ungewissen Welt mit vielschichtigen Herausforderungen, immer neuen (und unerwarteten) Akteuren und einer Vielzahl von Gefahrenherden. Der Trend zur geopolitischen Volatilität setzt sich 2016 ungebrochen fort – und führt zu einer Reihe manifester und schwer kalkulierbarer Risiken, die uns kurz- und mittelfristig in Atem halten werden (vgl. Abb. 1, S. 10). Dazu gehören vor allem die zunehmende Bedrohung durch den IS, die weltweite Terrorlage, der Syrienkonflikt, die Flüchtlingsströme (angeheizt durch weitere Bürgerkriege in Afrika), die Konflikte zwischen Saudi-Arabien und dem Iran sowie Russlands Außen- und Militärpolitik. Oder auch die politische Entwicklung in der Türkei, die vor allem die europäische Außenpolitik herausfordert. (Der Putschversuch und die darauf folgenden politischen Reaktionen fanden nach unserer Befragung statt.)

Abbildung 1: Die Top 15 geopolitischen Risiken

(kurz- und mittelfristig, Antworten in Prozent)



Quelle: Atlantik-Brücke-Risiko-Survey 2016

Fast jede dieser Entwicklungen allein hat das Potenzial, die geopolitische Landkarte zu verändern – zusammengenommen führen sie dazu, dass unsere Welt noch bedrohlicher wird. Klar ist in jedem Fall: Angesichts der Ungewissheit und Ambiguität wird es immer schwieriger, Entscheidungen zu treffen – die Politik sucht Antworten auf sicherheitspolitische und geostrategische Fragen, die Wirtschaft ringt um die Entwicklung tragfähiger globaler Wachstumsstrategien. In vielen Fällen sind bewährte Entscheidungsmuster längst gekippt, bewährte Prognoseverfahren nicht mehr verlässlich. Jederzeit können neue Konstellationen entstehen, die getroffene Entscheidungen wieder infrage stellen. Kurz: Geopolitik und die aktive Auseinandersetzung mit Ungewissheit fordern Führung in Politik und Wirtschaft massiv heraus! Das spiegelt sich auch in dem regen Interesse an unserer Umfrage wider: 188 Mitglieder und Young Leaders-Alumni beteiligten sich, darunter viele Entscheidungsträger aus der Wirtschaft (50 Prozent), der Politik (15 Prozent) oder Medien/Kultur (35 Prozent).

DER UMGANG MIT UNGEWISSHEIT

Bereits in unserer 2015er-Umfrage konnten wir feststellen, dass unsere Welt ungewisser, undurchschaubarer und vieldeutiger wird. Trends sind nicht mehr stabil, Trendextrapolationen deswegen kaum mehr möglich, Zusammenhänge sind nicht mehr eindeutig, Wahrscheinlichkeiten nicht bekannt und Aggressoren nicht immer gleich erkennbar.

In der aktuellen Umfrage bestätigen 92 Prozent unserer Panel-Teilnehmer dieses Bild einer ungewissen Welt und erwarten, dass sich die Entwicklung fortsetzt. Dieser Befund hat erhebliche Konsequenzen. Denn wenn wir weder die Richtung noch die Geschwindigkeit von (geopolitischen) Ereignissen verlässlich vorhersehen können, greift unser klassisches Instrumentarium zur Bewältigung von Gefahren und Krisen zu

kurz. Erforderlich ist nicht nur ein neues Verständnis dieser (Ungewissheits-)Herausforderung, gefragt sind auch neue, komplexere Lösungen:

- > 75 Prozent der Befragten sehen die Antwort auf die verstärkte globale Ungewissheit in einer stärkeren Vernetzung der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik,
- > 62 Prozent halten eine verstärkte europäische Außen- und Sicherheitspolitik für zwingend erforderlich,
- > 58 Prozent glauben, dass Deutschland mehr in Außenpolitik investieren sollte, zum Beispiel in Personal und Ausbildung, stärkere regionale Präsenzen, mehr Kommunikation und Austausch,
- > 58 Prozent fordern darüber hinaus mehr Investitionen in militärische Intelligenz (Nachrichtendienste etc.),
- > 52 Prozent sind davon überzeugt, dass mehr multilaterale Ansätze und neue Verhandlungsformate, wie beispielsweise das Minsk-Abkommen oder die Verhandlungen über die Iran-Sanktionen, notwendig sind,
- > 37 Prozent finden, dass geopolitische Zusammenhänge eine stärkere Rolle an den Schulen und vor allem Universitäten (und hier insbesondere an Business Schools) spielen sollten.

Diese Vorschläge sind weder überschneidungsfrei noch abschließend – und können es auch nicht sein, denn die Herausforderungen, mit denen wir heute umgehen müssen, sind neu, die möglichen Lösungen noch nicht erprobt. Deutlich wird aber, dass Außen- und Sicherheitspolitik vernetzt angelegt werden muss, dass es um das Denken in Szenarien geht, dass wir einen Brückenschlag wagen müssen zwischen geopolitischem, volkswirtschaftlichem und gesellschaftspolischem Denken. Mit anderen Worten: Außen- und Sicherheitspolitik muss heute „hybrid“ angelegt werden, also bewährte Methoden und neue Ansätze und Perspektiven umfassen.

Die deutsche Außenpolitik hat auf diese Herausforderungen bereits reagiert und den Haushalt des Auswärtigen Amtes von 2015 auf 2016 um eine Milliarde Euro auf 4,8 Milliarden Euro deutlich aufgestockt, wobei ein Großteil der Mehrausgaben für humanitäre Hilfe und Krisenprävention vorgesehen ist. Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat dazu in seiner Rede vor dem Bundestag im Rahmen der Haushaltsdebatte ausgeführt: „All dies ist ausdrücklich kein Nebenaspekt von Außenpolitik! (...) Denn dieser Haushaltsentwurf stärkt den Instrumentenkasten der Außenpolitik, von der akuten Nothilfe bis hin zur zivilen Krisenprävention und zur auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik“. Welche weiteren Ansätze für gute, hybrid angelegte Außenpolitik als Reaktion auf Ungewissheit denkbar sind, haben wir in einem Interview mit Thomas Bagger, Leiter des Planungstabs im Auswärtigen Amt, hinterfragt (vgl. S. 45).

Der hybride Charakter von Maßnahmen im Umgang mit Ungewissheit zeigt sich übrigens auch in zwei weiteren Vorschlägen unseres Panels. Zum einen geht es darum, Wirtschaftswachstum und die damit verbundene gesellschaftliche Teilhabe als Bestandteil geopolitischer Stabilität zu verstehen. Spiegelbildlich, wir werden das im Folgenden noch diskutieren, gehört dann auch „nachlassendes globales Wirtschaftswachstum“ zu den größten mittelfristigen geopolitischen Risiken, die unser Panel sieht.

Zum anderen geht es um mehr „klare Kante“ gegenüber Despoten und Autokraten. Oder erweitert formuliert: Es geht darum, in ungewissen Zeiten durch eine klare Meinung, den Mut zu einem klaren Standpunkt und durch ein festes Wertegerüst Orientierung zu geben. Wie schwierig das im politischen Tagesgeschäft zu realisieren ist, erleben wir aktuell im Umgang mit der Türkei. Ob Politik überhaupt dieser Anforderung entsprechen kann (oder doch der Kompromissneigung erliegen muss), hat Matthias Naß von der ZEIT für uns kommentiert (vgl. S. 34).

WAS KURZ-, WAS MITTELFRISTIG GEFÄHRLICH IST

Um aus den geopolitischen Hotspots denkbare Entwicklungslinien und Szenarien abzuleiten und zu bewerten, haben wir unsere Panel-Teilnehmer danach gefragt, welche der potenziellen geopolitischen Entwicklungen kurzfristig – also in diesem oder im nächsten Jahr – gefährlich, sehr gefährlich oder auch weniger gefährlich sind, und wie die mittelfristige Perspektive dazu bewertet wird. Die Ergebnisse bilden unser aktuelles Krisenportfolio 2016 (vgl. Abb. 2, S. 17).

Im Unterschied zu 2013 und 2015 gibt es eine wachsende Anzahl von Krisenherden, die nahezu alle Teilnehmer als gefährlich bis sehr gefährlich einstufen. Aus heutiger Sicht sehen wir erheblich mehr Risiken als Chancen. Oder kurz: Unser geopolitisches Umfeld wird immer bedrohlicher! Deutlich wird aber auch, dass die einzelnen Risiken ganz erheblich danach differieren, ob sie kurz- oder mittelfristig wirken – unsere „Risiko-Landkarten“ sind in Bewegung. Mehr als zwei Drittel unserer Panel-Teilnehmer ...

- > sehen kurzfristig die größten Bedrohungen im „Islamischen Staat“, dessen Terror immer mehr Länder in Europa erreicht, im Syrienkonflikt als blutigem Spielball regionaler Hegemonie-Ambitionen sowie in den aus Syrien und der gesamten Region weiter nach Europa drängenden Flüchtlingsströmen.
- > halten diese drei Risiken aber für mittelfristig weniger gefährlich. Mit anderen Worten: Es gibt eine berechtigte Hoffnung darauf, dass diese Krisen in nächster Zeit gelöst werden können – einer der wenigen Hoffnungsschimmer in der aktuellen Befragung.

- > glauben, dass mittelfristig sehr große Gefahren vor allem in dem erwarteten Kampf um die regionale Vorherrschaft zwischen Iran und Saudi-Arabien, weiteren Bürgerkriegen in Afrika (mit weiteren Flüchtlingswellen Richtung Europa) sowie in dem schwelenden Konflikt zwischen Afghanistan, Pakistan und Indien liegen. Immerhin: Mehr als zwei Drittel sehen diese Risiken als kurzfristig nicht manifest an.
- > stufen weiterhin die fortschreitende militärische Aufrüstung, die weitere Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie – das ist neu – Chinas Präsenz in Asien (die Amerika zunehmend herausfordert) als perspektivisch hoch bedrohlich ein. Aber auch hier gilt: Kurzfristig werden hieraus nur geringe Risiken erwartet.
- > sehen kurz- wie mittelfristig die Gefahr, dass der Russland-Ukraine-Konflikt wieder aktiv ausbricht. Dieses Damoklesschwert schwebt weiter über uns.
- > gehen davon aus, dass mittelfristig große Risiken in einem nachlassenden globalen Wirtschaftswachstum liegen können, das (erstmalig) als Treiber von Krisen benannt wird, sowie in einer (vor allem in den westlichen Industriestaaten) schnell zunehmenden Arbeitslosigkeit durch das Voranschreiten der Digitalisierung. Beides ist ein weiteres Signal dafür, dass Außen- und Sicherheitspolitik heute integriert gedacht werden muss – Krisenprävention setzt eben auch bei den Perspektiven der Menschen an.

Mehr als zwei Drittel der Panel-Teilnehmer sehen kurzfristig die größten Bedrohungen im „Islamischen Staat“, dessen Terror immer mehr Länder in Europa erreicht.

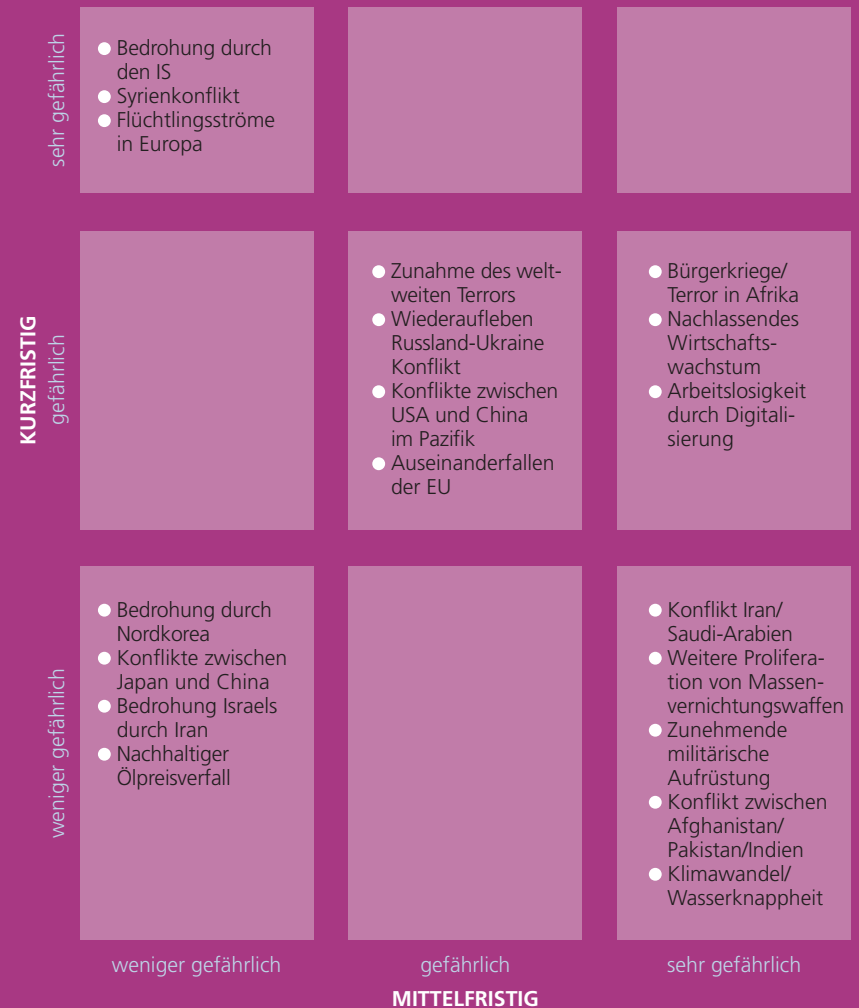
Letztlich gehört zu dieser Aufzählung (leider) auch, dass eine große Mehrheit unseres Panels das mittelfristige Risiko eines Auseinanderfallens der EU sieht. Waren 2015 immerhin noch 45 Prozent unserer Teilnehmer der Meinung, dass die Probleme in Europa gelöst werden können, hat sich die Einschätzung der Chancen binnen Jahresfrist gedreht. Immerhin: Die sehr deutliche Differenzierung zwischen kurz- und mittelfristig entstehenden Bedrohungen gibt auch Anlass zur Hoffnung – nämlich dass in Europa zumindest etwas Zeit bleibt, um durch eine neue Governance und eine geeignete Wirtschafts-, Sozial- und Europapolitik dem Auseinanderbrechen der EU rechtzeitig entgegenzuwirken.

Zu den eher hoffnungsvollen Bewegungen, die wir auf unseren Landkarten feststellen konnten, gehört auch, dass nicht in jedem Fall eine Zunahme der Gefahren gesehen wird. Unsere Umfrage zeigt, dass sich vergangene Krisenherde auch wieder beruhigen können. Zu mehr Stabilität und Sicherheit beitragen können insbesondere ...

- > die heute schon deutlich geringer bewertete Bedrohung Israels durch Iran,
- > der offenbar in seiner Intensität abnehmende Konflikt zwischen China und Japan, den nur noch eine Minderheit als kurz- oder mittelfristig bedrohlich wahrnimmt,
- > sowie die Tatsache, dass der zwischenzeitliche Einbruch der Ölpreise entgegen weitverbreiteter Meinungen nicht (oder zumindest noch nicht) zur breiten Destabilisierung der Förderländer geführt hat.

Um die Ergebnisse unserer Umfrage weiter zu verdichten, haben wir mit einer Reihe geopolitischer Experten versucht, die Aus- und Nebenwirkungen unserer Krisenherde zu analysieren und Zusammenhänge herzustellen. Mit Blick auf das transatlantische Bündnis ist auf diese Weise unsere neue Landkarte entstanden, auf der sechs Krisenregionen beziehungsweise -themen dominieren: Russland, USA, Asien, Nahost, Europa und die fortschreitende militärische Ausrüstung.

Abbildung 2: Das Krisenportfolio 2016



Quelle: Atlantik-Brücke-Risiko-Survey 2016

RUSSLAND: EINE NEUE OST-WEST-KONFRONTATION?

Als wir im Sommer 2013 zum ersten Mal die Mitglieder der Atlantik-Brücke nach ihrer Einschätzung geopolitischer Risiken gefragt haben, war nicht abzusehen, dass einige Monate später die Proteste auf dem Maidan beginnen, Russland nachfolgend die Krim annektieren und in der Ostukraine ein Krieg toben würde. Dennoch galt schon damals vielen Mitgliedern der Atlantik-Brücke Russland als ein wesentlicher geopolitischer Risikofaktor.

Seitdem haben wir gelernt, dass diese Einschätzung richtig war. Moskaus Politik hat inzwischen dazu geführt, dass Russland in der Liste geopolitischer Krisenherde weit oben liegt:

- > 90 Prozent der Panel-Teilnehmer erwarten, dass Russland seine offensive geopolitische Linie fortsetzt – und fühlen sich von dieser Politik aktiv bedroht.
- > 62 Prozent vermuten, dass die Vereinbarungen von Minsk nicht umgesetzt werden – der Konflikt dürfte uns also noch längere Zeit in Atem halten.
- > 78 Prozent sind – auch deswegen! – der Meinung, dass die Sanktionen beibehalten oder sogar verschärft werden sollen. Nur 22 Prozent sprechen sich für eine schnelle Einstellung des Sanktionsregimes aus.

Als Reaktion auf die westlichen Sanktionen hatten im vergangenen Jahr noch zwei Drittel unserer Teilnehmer befürchtet, dass Russland und China eine Wirtschaftsallianz aufbauen. Dieses Risiko wird heute offensichtlich deutlich geringer eingeschätzt – nur noch 8 Prozent rechnen damit, dass eine intensive Zusammenarbeit zustande kommt. Womöglich

ist diese Einschätzung zu optimistisch, wie der vertiefte Blick auf das chinesische Engagement in Russland zeigt. Nach Zahlen von Germany Trade & Invest weist die Zusammenarbeit eine erhebliche Dynamik auf:

- > An der Spitze stehen Projekte der Energieversorgung; beispielsweise soll die russische Gaspipeline „Sila Sibiri“ mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 55 Milliarden US-Dollar ab 2018 rund 38 Milliarden Kubikmeter Gas von Russland nach China leiten.
- > In den Bau des russischen Flüssiggaswerks „Jamal“ investieren chinesische Banken fast die Hälfte der Gesamtsumme von 27 Milliarden US-Dollar. Das Werk soll 2018 fertiggestellt werden und hat ein Volumen von 16,5 Millionen Tonnen Flüssiggas pro Jahr.
- > Für den Bau der Eisenbahnlinie Belkomur ist geplant, dass chinesische Unternehmen Kredite in Höhe von gut 80 Prozent der Gesamtinvestition gewähren, die sich auf 250 Milliarden Rubel (rund 3,9 Milliarden US-Dollar) beläuft.
- > Auch der Ausbau der industriellen Basis spielt eine wichtige Rolle; beispielsweise investieren chinesische Automobilhersteller gut 800 Millionen US-Dollar in den Bau von Werken in Russland.

Die Liste der Projekte ließe sich um weitere verlängern. Der Befund ist eindeutig: Unterhalb der Ebene zwischenstaatlicher Verträge vertiefen sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern auf strategisch wichtigen Feldern wie der Energieerzeugung, der Automobilindustrie und der Infrastruktur. Das Szenario einer engen Zusammenarbeit von China und Russland ist damit nach wie vor aktuell – und spielt auch für die Frage der weiteren Sanktionspolitik eine wichtige Rolle.

USA: BLICK NACH ASIEN ODER ISOLATIONISMUS?

Das „Pacific Age“ – die Hinwendung der USA zum pazifischen Raum – ist eine der stabilsten geopolitischen Einschätzungen unseres Surveys. Eine klare Mehrheit von 68 Prozent der Panel-Teilnehmer geht davon aus, dass Asien für die USA auf Dauer wichtiger sein wird als Europa – in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht.

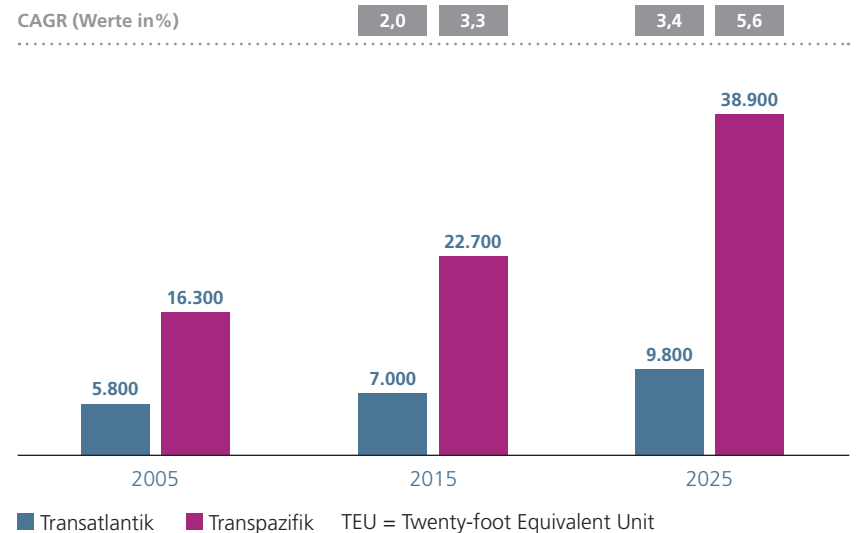
Die ökonomischen Fakten stützen diese Vermutung: Die Entwicklung des Containerhandels – ein wichtiger Indikator für die Intensität der Wirtschaftsbeziehungen – zum Beispiel zeichnet ein klares Bild vom „Pacific Age“. So beträgt das Handelsvolumen der USA mit Asien schon jetzt bereits das Dreifache des transatlantischen Warenaustausches – und bis 2025 wird mit einem weiteren Wachstum von 5,5 Prozent gerechnet. Die Intensität des Handels mit Asien würde damit das Wachstum des weltweiten Handels deutlich übersteigen (vgl. Abb. 3, S. 21).

Die Einschätzung unseres Panels zum geplanten transpazifischen Handelsabkommens (kurz: TTP) reflektiert diese Entwicklung: 77 Prozent unserer Umfrageteilnehmer sind der Meinung, dass diese Vereinbarung den pazifischen Wirtschaftsraum weiter stärken wird – auf Kosten der transatlantischen Beziehungen.

Umso wichtiger scheint vielen Befragten die Stärkung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen: Drei Viertel rechnen weiterhin mit einem positiven Abschluss der TTIP-Verhandlungen. Allerdings erwarten nur wenige eine schnelle Einigung: Nicht einmal 10 Prozent der Befragten rechnen mit der Ratifizierung der Verträge in 2016, fast 40 Prozent tippen auf einen Abschluss im Jahr 2018 oder sogar später.

Abbildung 3: Amerikas Hinwendung zum Pazifik: Handelsströme Atlantik vs. Pazifik

Entwicklung des Containerhandels (in Tsd. TEU)



Quelle: IHS Economics; eigene Berechnungen

Diese Einschätzungen werden von einer zunehmenden Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen internationalen Rolle der USA überlagert. Schon im Vorwahlkampf spielten Forderungen nach einer Reduzierung der Handels- und Politikabkommen eine wichtige Rolle. Vor allem der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump hat mit Forderungen wie dem Ausstieg der USA aus der Welthandelsorganisation WTO oder Gedankenspielen über einen Austritt aus der NATO die allgemeine Ungewissheit über Amerikas Weg ab 2017 verstärkt. Ob diese Risiken manifest werden – und ob ein amerikanischer Präsident dazu überhaupt die Macht hat – werden wir später noch beleuchten.

Aber eines scheint jetzt schon klar zu sein: Wir müssen damit rechnen, dass sich die USA – trotz eines stärkeren Engagements im Pazifik – künftig international zurücknehmen. Jedenfalls gehen schon heute 46 Prozent unserer Panel-Teilnehmer davon aus, dass sich die Vereinigten Staaten in den kommenden Jahren wesentlich stärker auf sich selbst beziehen werden. Sollte Donald Trump als US-Präsident reüssieren, erwarten sogar 67 Prozent der Befragten einen internationalen Rückzug der USA.

ASIEN: KONKURRENZ UM GEOPOLITISCHEN EINFLUSS

Regionale Konflikte und Entwicklungen in Asien gehören schon seit 2015 zu den wichtigen Hotspots auf unseren Landkarten der geopolitischen Chancen und Risiken. Allerdings deutet sich eine Entspannung an, seit China wirtschaftlich an Wachstumsgrenzen stößt:

- > 66 Prozent unserer Panel-Teilnehmer gehen davon aus, dass China einige Jahre benötigen wird, um seine wirtschaftlichen Probleme zu überwinden.
- > 60 Prozent erwarten deshalb, dass China seine geopolitischen Ambitionen zurückfährt und wir tendenziell mit einer Entspannung rechnen können.
- > 57 Prozent gehen vor diesem Hintergrund auch davon aus, dass sich das Risiko eines Konflikts zwischen China und seinen Nachbarn, insbesondere Japan, verringern wird – 2015 waren noch mehr als 70 Prozent der Meinung, dass sich der Konflikt um die Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer verschärfen würde.

Auch die positive Entwicklung Indiens – wirtschaftlich wie politisch – wird als stabilisierend für Asien gesehen: 90 Prozent der Panel-Teilnehmer gehen von einem verstärkten Wettbewerb zwischen Indien und China aus, der nach Meinung der Mehrheit aber positiv auf die Machtbalance in Asien einwirkt.

Ökonomische Kennziffern stützen diese Erwartung: Das Wirtschaftswachstum Indiens lag im Haushaltsjahr 2014/2015 bei 7,4 Prozent; trotz struktureller Probleme zählt Indien damit wieder zu den am stärksten expandierenden Volkswirtschaften der Welt. Zudem lassen die aktuell beschlossenen Steuerreformen – unter anderem die Einführung einer neuen, landesweit einheitlichen Mehrwertsteuer – erwarten, dass der indische Binnenmarkt perspektivisch zusätzlich an Dynamik gewinnen wird – was sich stabilisierend auch für Asiens Entwicklung auswirken wird.

NAHOST: KAMPF UM DIE REGIONALE VORMACHTSTELLUNG

In unseren geopolitischen Risiko-Analysen ist der Mittlere Osten schon seit 2013 ein Hotspot. Der Syrienkonflikt, der IS-Terror und die aus der Region kommenden Flüchtlingswellen dominieren auch 2016 unser Krisenportfolio.

Dennoch zeichnen unsere Panel-Teilnehmer ein differenzierteres Bild der Lage – und erwarten, wie bereits beschrieben, mittelfristig eine Entspannung bei wichtigen Krisenherden in Nahost:

- > 90 Prozent sehen den IS-Terror kurzfristig als extreme Bedrohung, gehen aber davon aus, dass die internationale Staatengemeinschaft mittelfristig in der Lage ist, diesen erfolgreich zu bekämpfen.
- > 66 Prozent halten es auch für Syrien – dem prominentesten und wohl unübersichtlichsten Krisenherd im Nahen Osten – für möglich, dass die USA, Russland, die Türkei und die Kurden trotz aller gravierenden Gegensätze in der Lage sind, gemeinsam vorzugehen und eine Konfliktlösung zu erreichen.

Das mittelfristig größte Konfliktpotenzial sehen unsere Teilnehmer vor allem im Kampf von Iran und Saudi-Arabien um die regionale Vormachtstellung im Nahen Osten. Mehr als zwei Drittel erwarten, dass sich dieser Konflikt, der bereits zu verschiedenen Stellvertreterkriegen geführt hat, deutlich zuspitzt. Dabei wirkt sich zusätzlich verschärfend aus, dass die USA als Ordnungsmacht in der Region auf dem Rückzug gesehen werden – als Folge einer neuen Außenpolitik, aber auch beeinflusst durch die massiv abnehmende Abhängigkeit des Landes vom Öl aus dieser Region.

Das mittelfristig größte Konfliktpotenzial sehen die Panel-Teilnehmer vor allem im Kampf von Iran und Saudi-Arabien um die regionale Vormachtstellung im Nahen Osten.

Als ein möglicher Gewinner dieser regionalen Konfrontation wird Israel gesehen. Unsere Panel-Teilnehmer erwarten, dass der Kampf von Iran und Saudi-Arabien um die Vormachtstellung der Region den Fokus verschiebt und die militärische Bedrohung für den Nachbarn reduziert;

nur 34 Prozent sehen in einer weiteren Aufrüstung Irans eine Gefahr für Israel. Die enormen Gasvorkommen vor der israelischen Küste sowie die boomende Gründerkultur schaffen in diesem Windschatten erhebliche Potenziale für einen lang anhaltenden ökonomischen Aufschwung Israels, der das Land auch geopolitisch stärken wird.

WECKRUF FÜR EUROPA? BREXIT UND DIE FLÜCHTLINGSKRISE

Europas Krisen beschäftigen uns schon seit unseren ersten geopolitischen Landkarten im Jahr 2013. Auch die aktuelle Befragung zeichnet kein optimistischeres Bild der Lage – vor dem Hintergrund von Brexit und Flüchtlingskrise nicht verwunderlich.

Vor allem die Flüchtlingskrise beschäftigt unsere Teilnehmer – mehr als 90 Prozent zählen sie zu den größten geopolitischen Risiken überhaupt. Die Folgen für Europa, die jeweiligen Heimatregionen der Geflüchteten sowie für weitere Länder werden als gravierend und bedrohlich angesehen. Nach UN-Statistiken sind in diesem Jahr mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht – dieses Szenario kommt einer Völkerwanderung gleich, mit all ihren massiven Konsequenzen.

Auch für Deutschland ist die Flüchtlingskrise weiterhin eminent, zumal unsere Panel-Teilnehmer erwarten, dass sich die Flüchtlingszahlen auf hohem Niveau verstetigen – trotz der zwischenzeitlich vermeintlich eingetretenen Beruhigung. Eine deutliche Mehrheit geht von bis zu 500.000 Flüchtlingen und Migranten pro Jahr aus; 30 Prozent erwarten

noch deutlich höhere Zahlen. Trotz dieses Problemdrucks sehen die Befragten eine gemeinsame, europäische Lösung in weiter Ferne: Fast zwei Drittel gehen davon aus, dass Europa zu keiner koordinierten Flüchtlingspolitik findet. 55 Prozent glauben sogar, dass diese ungelöste Krise zu einem weiteren Auseinanderfallen der EU führen wird.

Auch über die Flüchtlingspolitik hinaus sieht unser Panel die Perspektive der Europäischen Union kritisch:

- > 83 Prozent glauben, dass der Austritt Großbritanniens aus der EU die Gemeinschaft schwächt.
- > 57 Prozent erwarten, dass Europas geopolitischer Einfluss weiter abnehmen wird.
- > 44 Prozent gehen davon aus, dass es der EU nicht gelingen wird, den Integrationsprozess bei der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Außenpolitik weiter voranzutreiben.

Dass der Brexit eine aufrüttelnde Wirkung auf die EU und ihre Mitglieder haben könnte, dass Staaten und Institutionen sich auf die fundamentalen Werte der Union rückbesinnen und aus dieser Perspektive eine Erneuerung der EU vorantreiben, sehen unsere Teilnehmer (leider) nicht: Nur 14 Prozent erwarten, dass sich infolge des Austritts mittelfristig eine stärkere kontinentaleuropäische Gemeinschaft bilden wird.

**Damit aus dem Austritt
Großbritanniens doch ein Weckruf für die
EU wird, bedarf es einer entschlossenen,
werteorientierten Führung.**

Die politische Konsequenz ist damit klar: Damit aus dem Austritt Großbritanniens doch ein Weckruf für die EU wird, bedarf es einer entschlossenen, werteorientierten Führung, eines entschlossenen Entgegentretens gegenüber einem immer weiter verbreiteten EU-Pessimismus, der sich auch in unserer Befragung zeigt. Auch bedarf es sicher einer konzertierten Aktion der sozialen, wissenschaftlichen, ökonomischen und politischen Eliten, um das Projekt Europa und seine enormen positiven Folgen für Frieden, Wohlstand und freie Entfaltung des Einzelnen neu zu beleben.

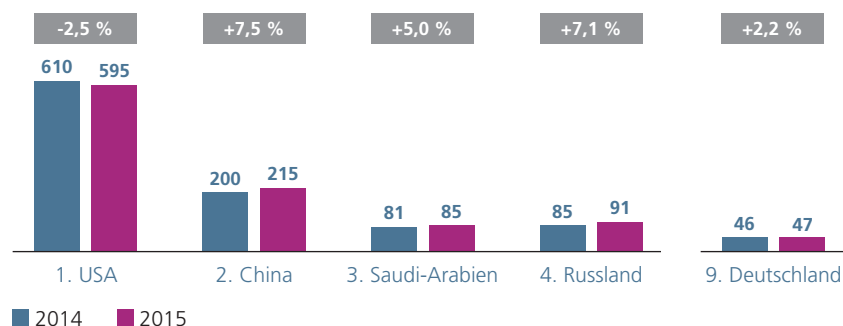
AUFRÜSTUNG: DIE GLOBALE HERAUSFORDERUNG

Dass Geopolitik in Zukunft wieder stärker militärisch bestimmt wird, haben unsere Hotspots bereits gezeigt. Die weiteren Umfrageergebnisse untermauern diese Einschätzung: Wie in den vergangenen Jahren geht die überwältigende Mehrheit unserer Panel-Teilnehmer (78 Prozent) davon aus, dass sich die Welle weltweiter Aufrüstung weiter beschleunigen wird.

Die verfügbaren Statistiken bestätigen diesen Eindruck: Die weltweiten Militärausgaben betragen im Jahr 2015 rund 1,7 Billionen US-Dollar; das ist ein effektiver Zuwachs von einem Prozent im Vergleich zu 2014 (vgl. Abb. 4, S. 28). In Europa haben die Militärausgaben 2015 im Schnitt zwar noch um 0,2 Prozent abgenommen, aber der Trend wird sich auch hier umkehren: Für die Bundeswehr zum Beispiel sind bis zum Jahr 2020 fünf Milliarden Euro mehr an Budget eingeplant, in den baltischen Staaten, in Polen, Rumänien und der Slowakei gab es insgesamt schon einen Anstieg der Militärausgaben um 13 Prozent zu verzeichnen.

Fazit: Die Zeit der Friedensdividenden scheint vorbei zu sein; nach vielen Jahren des Sparens und Kürzens kündigen sich steigende Militärausgaben an. Ein Anstieg ist allein deshalb sehr wahrscheinlich, weil wir realistisch davon ausgehen müssen, dass die europäischen Staaten mehr als bisher zur Finanzierung der NATO beitragen müssen. Jedenfalls sind 81 Prozent unserer Panel-Teilnehmer dieser Meinung.

Abbildung 4: Die weltweiten Militärausgaben (in Mrd. US-Dollar)



Quelle: SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute)

Ob die steigenden Ausgaben zum vermehrten Pooling und Sharing führen – also zu mehr Integration der europäischen Armeen – wird unentschieden gewertet: 40 Prozent der Befragten sehen die Chance darauf, ebenso viele verneinen dies, 20 Prozent sind unentschieden – die Skepsis ist verständlich nach einer Vielzahl unerfüllter Ankündigungen und abgebrochener Versuche. Auch das von der Bundesregierung im Juli veröffentlichte neue Weißbuch gibt den kritischen Stimmen recht, denn die zusätzlichen Mittel sollen vor allem in die „Ertüchtigung“ der Bun-

deswehr selbst fließen. Allerdings erhält die Bildung gemeinsamer Einheiten mit anderen NATO-Partnern größeres Gewicht; die Erfahrungen aus der deutsch-niederländischen Brigade und der Zusammenarbeit mit Frankreich sollen künftig u.a. in einer vertieften Kooperation mit Polen einfließen. Auch auf dem militärischen Feld wird sich also entscheiden, ob wir in Europa zu mehr Geschlossenheit angesichts der geopolitischen Bedrohungen finden – oder nicht.

Die zukünftige Rolle der NATO wird trotz steigender Budgets sehr differenziert beurteilt: Nur 44 Prozent unserer Panel-Teilnehmer sehen eine wachsende geopolitische Bedeutung der Allianz – eine mit 42 Prozent fast gleich starke Gruppe glaubt allerdings nicht daran. Wenn eine der wichtigsten Strategien in einer volatilen und ungewissen Welt die stärkere Verzahnung von Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik ist – so wie von den Panel-Teilnehmern gefordert – dann steht auch das Thema einer gestärkten NATO weit oben auf der transatlantischen Agenda.

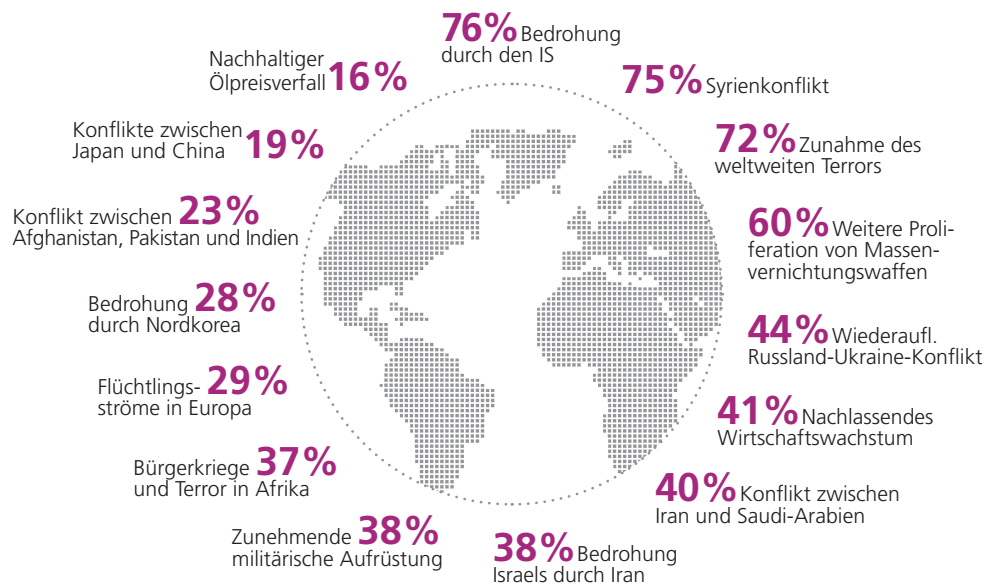
KONSEQUENZEN FÜR DIE TRANSATLANTISCHE AGENDA

Unsere Umfrage zeichnet das Bild einer geopolitischen Welt, die mit vielschichtigen Bedrohungen, mehrdeutigen Entwicklungen und neuen Herausforderungen konfrontiert ist. Daraus folgt ein Bedürfnis nach Orientierung und stabilen Ankerpunkten, das in besonderer Weise das transatlantische Verhältnis zwischen Amerika und Deutschland sowie Europa herausfordert. Wir sehen drei wichtige Ansatzpunkte:

Erstens: Es geht um mehr gemeinsame geopolitische Verantwortung

Dass sich das Bedürfnis nach Sicherheit und Orientierung vor allem an den USA und Europa – und hier insbesondere an Deutschland – festmacht, zeigen die Ergebnisse unserer Befragung deutlich. Jedenfalls ergibt sich ein sehr klares Bild, wo ein gemeinsames transatlantisches Vorgehen erforderlich ist, um die geopolitischen Risiken zu entschärfen (vgl. Abb. 5):

Abbildung 5: Themen für die transatlantische Zusammenarbeit



Note: nach Nennungen sortiert; %-Sätze gewichtet

Quelle: Atlantik-Brücke-Risiko-Survey 2016, Experten-Interviews

- > 76 Prozent unserer Panel-Teilnehmer sehen die Hauptpriorität im Kampf gegen den „Islamischen Staat“,
- > 75 Prozent fordern die transatlantische Zusammenarbeit zwecks einer (schnellen) Lösung des Syrienkonflikts,
- > 72 Prozent drängen auf einen Schulterschluss im Kampf gegen den weltweiten Terror,
- > 60 Prozent erwarten verstärkte transatlantische Initiativen zur Verhinderung der weiteren Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Mit anderen Worten: Unsere Teilnehmer sehen die (verstärkte) transatlantische Zusammenarbeit als wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Die Top-Prioritäten für ein gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Vorgehen decken sich mit den größten Risikopotenzialen, die wir vor allem kurzfristig sehen. Perspektivisch gehören aber auch eine gemeinsame Haltung gegenüber Russland (vor allem in Bezug auf Sanktionen), eine gemeinsame, global ausgerichtete wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik (vor allem auch TTIP) sowie eine gemeinsame Politik gegenüber den regionalen Konflikten im Mittleren Osten dazu – selbst wenn sich Amerika, wie eine Mehrheit unseres Panels befürchtet, sukzessive aus diesen Regionen zurückziehen möchte. Die USA bleiben hier, genauso wie Europa, gefordert!

Zweitens: Wir sollten eine transatlantische geopolitische Agenda entwickeln

Für die Eckpunkte einer solchen gemeinsamen Agenda gibt uns unsere Umfrage eine klare Richtung vor – zu den geopolitischen Themen, die am besten gemeinsam und mit hoher Priorität angegangen werden sollten, gehören aus unserer Sicht vor allem:

- > Nahost: ein gemeinsames Commitment für die Region abgeben, Szenarien für denkbare Machtverschiebungen entwickeln, den IS aktiv bekämpfen, den Syrienkonflikt beilegen

- > Russland/Ukraine: eine weitere Eskalation vermeiden, die Sanktionspolitik gemeinsam fortführen, im transatlantischen Schulterchluss klar und konsequent agieren
- > Wirtschaftswachstum: vor allem das TTIP-Abkommen trotz aller Widerstände zügig fertig verhandeln und umsetzen
- > Militärische Aufrüstung: die NATO stärken, Sharing und Pooling von europäischen und transatlantischen Ressourcen forcieren, gemeinsame Antworten auf hybride Kriegsführung entwickeln.

Drittens: In den USA für Europa und Deutschland werben

Dieses Werben passt nicht in das Selbstverständnis etlicher deutscher und europäischer Entscheidungsträger. Aber wenn sich die amerikanische Wirtschaftselite nach Asien orientiert und das „Pacific Age“ inzwischen ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik geworden ist, können wir nicht mehr davon ausgehen, dass unsere historische Wertegemeinschaft ausreicht, um ein kraftvolles transatlantisches Bündnis auf Dauer zu begründen.

Dass sich die amerikanische Wirtschaftselite zunehmend nach Asien wendet, ist nicht neu. Bereits 2010/2011 konnten wir in einer gemeinsamen Umfrage mit der Financial Times zeigen, dass zwar 80 Prozent der 500 wichtigsten europäischen Wirtschaftsführer ein gutes transatlantisches Verständnis für entscheidend halten, aber nur 30 Prozent der amerikanischen – die übrigen 70 Prozent sahen schon damals die US-Perspektive eher in Asien. Die voranschreitende Digitalisierung wird diese Tendenz eher verstärken – schon heute richten sich die großen „Digital-Unternehmen“ Amerikas verstärkt auf Asien aus. In Anbetracht dieser Entwicklung wird die Situation für Europa und Deutschland beunruhigend – ein gutes transatlantisches Verständnis ist keine Selbstverständlichkeit mehr.

Wir können nicht mehr davon ausgehen, dass unsere historische Wertegemeinschaft ausreicht, um ein kraftvolles transatlantisches Bündnis auf Dauer zu begründen.

Wir müssen also in den USA aktiv für Deutschland und Europa werben: Für unser Politikverständnis, für unsere Konsenskultur, für die politischen und wirtschaftlichen Potenziale, die Europa besitzt. Und dafür, dass es keine andere Region in der Welt gibt, mit der Amerika mehr Werte, Erfahrungen, Waren und Regelungen teilt. Auf welchen Boden unser Werben fällt, hängt natürlich stark vom Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen ab. Zwar glauben 88 Prozent unserer Panel-Teilnehmer, dass am Ende Hillary Clinton die Wahl für sich entscheiden wird. Sollte überraschend doch Donald Trump gewinnen, gehen 86 Prozent wohl zu Recht davon aus, dass die transatlantischen Beziehungen leiden werden. Dass die in Deutschland und Europa weit verbreitete Meinung falsch ist, der Präsident würde durch die Administration schon „eingefangen“ werden und hätte unter dem Strich weniger Entscheidungsmacht als allgemein angenommen, zeigt der renommierte Politikwissenschaftler und US-Experte Michael Werz in seinem Statement eindrucksvoll (vgl. S. 40). Umso mehr müssen wir – politisch und seitens der Wirtschaft – in Amerika präsent sein, um unsere Position zu verteidigen.